

Vertheilung täglich  
sonntags mit Ausnahme der  
Sonntags- und Feiertage.  
Abonnementpreis  
monatlich 50 J., jährlich 1.50 J.  
Postum frei ins Haus. Durch  
die Post bezogen 1.65 J.  
„Die Neue Welt“  
Postzeitungsbeilage, durch  
die Post nicht bezugsbar, kostet  
monatlich 10 J., jährlich 30 J.

# Volksblatt

Interaktion  
benötigt für die Beschaffung  
Beträge oder deren Anrechnung  
für Wohnung,  
Gehalts- und Pensionen  
ausgegeben 10 J.  
Zum reaktionären Teile  
siehe die Seite 50 J.  
Interate für die fällige  
Kammer müssen spätestens 50  
sonntags 10 Uhr in der  
Expedition eingeworfen sein.  
Eingetragen in die Ver-  
zeichnungsliste unter Nr. 1892

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zeitz,  
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Vertheilung Nr. 1047

Redaktion und Expedition: Weißstraße 21, erster Hof parterre rechts.  
Telegraphische Adresse: Volksblatt Halle-Saale.

Vertheilung Nr. 1047

Nr. 252

Halle a. S., Donnerstag den 28. Oktober 1897.

8. Jahrg

## Der Boykott gegen die Brauereien von Freyberg und Bauer ist nach mehr als einjähriger Dauer durch Anerkennung des Arbeitsnachweises seitens sämtlicher Brauereien flegrreich beendet worden. Die Parteiversammlung am 26. Oktober hat darum den Boykott für aufgehoben erklärt.

### Vaterlandslose Feinde der göttlichen Weltordnung.

nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen: so hat der deutsche Kaiser die deutsche Sozialdemokratie genannt.  
Eine Antwort ist schwer, zumal bei den gegenwärtigen Gesetzen und ihrer Anwendung. Trotzdem kann man, soweit wir in Betracht kommen, ein Wort zur Verteidigung sagen: ja man muß es.  
Die Sozialdemokratie ist international. Aber sie ist auch national, freilich nicht in dem betrumpten engen, geschäftsmäßigen Sinne. Keine Partei hat mehr, oder auch nur in ähnlichem Maße die Interessen des deutschen Volkes und die Ehre der deutschen Nation hochgehalten wie die Sozialdemokratie.

Sie gilt es aber nicht für national, fremden Nationalitäten, so oft sich die Gelegenheit bietet, mit brutaler Unterdrückung entgegen zu treten, das polnische, dänische, oder estländische Element niederzubringen, Blut- und Brandzüge in dunkle Erdteile zu veranlassen, noch etwa sich irgend einer von einem Gott eingeleiteten und 1806 oder 1866 mit roher Gewalt noch nicht abgelebten „Dritteln“ demutsvoll zu unterwerfen.

Wer aber erkennt die nationalen Bedürfnisse? wer hat den ersten Willen, ihnen zu genügen? wer anders als die Sozialdemokratie?

Wovon beruht das Bestehen und die Bedeutung eines Volkes? Auf Ehre und Mut etwa? Sieht es nicht fürchten- und konfessionslose Staaten? Lediglich auf gesundem, gesetzlich geregelten wirtschaftlichen Bedingungen, ohne Ausbeutung, ohne Verwilderung, und auf Kraft der geistigen Eigenart und der ständigen Selbsttätigkeit. Wer steht dafür ein? etwa die dienstwilligen Kalaikenjelen, die Spielgeldler, die Tellerstecher, die Windhäger (der Engländer sagt deutlicher farrackeher), die frigidenden Beamten, die höchsten Vorkämpfer, die in den verurteilenden national-religiösen Verhältnissen üppig wuchern?

Wahre Stillsitzigkeit ist Unterordnung und Verzicht eigenen Vorteils zu gunsten der Gesamtheit, Mühsigung und Opfermut. Und find diese Charakterzüge etwa bei denen zu finden, die Macht und Besitz haben, die herrschen und genießen?

Aber auch in engerem, nationalem Sinne hat sich die Sozialdemokratie stets bewährt. Sie hat sich vor Jahrzehnten der Herrschaft Deutschlands widersetzt. Sie hat jene Annerkennung bewirkt, die nicht nur gewaltthätig, mithin ungerichtet waren, sondern auch die unheilvolle politische Lage Europas schaffen halfen, die jetzt so gefährdend ist. Als alle „aufgeblasen“ Patrioten die umtriebige zünftige Freundschaft über das Schellenbusch priesen, auf die von dort brohende Gefahr hingewiesener. Und heute verlangt sie gerade eine staatliche und gesellschaftliche Entwicklung des Reiches, die es zu einem wohnlichen Vaterlande und dadurch erst widerstandsfähig machen soll.

Alle bürgerlichen Parteien heften sich noch außen in den „nationalen Gedanken“; dabei verlieren sie nur ihr nationales Klavierinteresse und verraten regelmäßig jedes wahrhaft nationale Interesse. Wir dagegen wollen, daß unser Volk Größe gemessen werde an dem Anteil, den es hat an der Befreiung der Menschheit aus leiblicher und geistiger Knechtschaft. Das ist uns Liebe zu unserem Volk, zum Volke, zur Menschheit!

### Tagesgeschichte.

Der **Reichskanzler** hält alle wichtigen Fragen in der Schenke. Man weiß ebenjeden, so Hohenlohe Reichskanzler bleibt, wie man darüber Klarheit hat, ob dem Reichstage in der bevorstehenden Session ein Entwurf über die Militärstrafprozess-Ordnung zugehen wird. Gegen die Einbringung eines solchen Entwurfs löst außer Preußen auch noch Sachsen Bedenken geäußert haben.

**Drei Jahre Kanzler** ist nunmehr Fürst Hohenlohe, seinem Caprivio am letztgenannten Dienstage vor drei Jahren aus dem Amte schied. Die Deutsche Tageszeitung bringt aus diesem Anlaß einen Artikel, in dem ein Rückblick auf die Thätigkeit des Fürsten Hohenlohe in diesen drei Jahren geworfen wird. Das Wort kommt zu dem Ergebnis, daß die Lage der dritten Reichskanzlerschaft nicht reich an Thaten gewesen sind, und schließt mit einem Hinweis darauf, daß unter dem Fürsten Hohenlohe die verfassungsmäßige Stellung des Kanzlers und des Ministerpräsidenten eine Minderung erfahren

habe, die manchem folgerichtig Denkenden schon die Frage aufgedrängt haben mag, ob die Klemme des Kanzlers und des Ministerpräsidenten nicht von einem Staatssekretär und einem Ressortminister im Nebenamte versehen werden könnten.

**Parlamentarische** ist nun auch Dr. Hammacher geworden, neben Benjamins der älteste Führer der Rational-liberalen. Er hat erklärt, daß er ein Reichstagsmandat nicht wieder annehmen werde. Bisher vertrat er den Wahlkreis Duisburg-Wülheim Ruhrort; im Reichstag saß er mit kurzen Unterbrechungen seit 1868. Wenn Hammacher auch sein Alter als Ablehnungsgrund angeht, so dürfte seine Parlamentarität aber in der Hauptsache auf das Eindringen der agrarischen Elemente in die nationalliberale Partei zurückzuführen sein.

**Die braven Junker.** Die Kreuzzeitung meint darüber, daß gegen die Junker so gehetzt werde. Ihnen verdante Deutschland seine Größe. Das Blatt schreibt dann:

„Ein trauriges Zeichen für den mangelnden Nationalstolz vieler Deutschen und die niedrige Deklarirung weiter Kreise aber müssen wir es nennen, daß ein Stand, dessen Mitglieder sich in alter und neuer Zeit in großer Zahl in die geschichtliche Verdienste unvergleichlicher Art erworben haben, schließlich zur Zielscheibe der gehässigen Angriffe dient, und alle Welt kein anderes Ziel zu haben scheint, als sich aus seiner Zahl Aemtern zu schneiden.“

Welche Verdienste die Junker sich um Preußen und Deutschland erworben haben, erzählt die Geschichte allerdings auf jedem Blatte. Noch zu Anfang dieses Jahrhunderts zeichneten sie sich dadurch aus, daß sie die bedeutungsvollsten Festungen ohne Schwierigkeit in Napoleon ausliefereten, und einen alten preussischen Feindlichen Willen die ersten Junker annehmen, wenn sie ihn in ihre Wallen belagern. Und was die Junker in unsern Tagen leisten, das zeigen die von Brüssel, die von Hannover und alle die andern Oeffisten und Welen, die Woche um Woche in der Oeffentlichkeit unwürdlich bekannt werden. Aber hat die Kreuzzeitung, als sie von den „unvergleichlichen Verdiensten“ der Junker spricht, vielleicht an die Verwaltschaftigkeit derer von Putz- matter gedacht?

**Leber die Arbeitsordnung des Kaisers** wird berichtet, er lasse sich Vorträge halten  
Montags vom Chef des Geheimen Zivilkabinetts, dann Marinevorträge,  
Dienstags vom Chef des Militärkabinetts,  
Mittwochs vom Chef des Geh. Zivilkabinetts,  
Donnerstags vom Kriegsminister und vom Chef des Militärkabinetts,  
Freitags keine Vorträge,  
Sonnabends Vortrag vom Chef des Generalstabs und vom Chef des Militärkabinetts.

Darnach würde dem Reichskanzler kein bestimmter Vortragstag zugewiesen sein.

**Offizier und Flurwächter.** Laut Anzeige des Flurwärters von Ansbach hat ihm ein Unlanenleutnant, den er wegen seines Reitens über Wiesen und Acker zur Rede stellen mußte, als Antwort nur die Schimpfwörter an den Hals geworfen: „saudummer Dohs“ und „Rindvieh“. Der Offizier legte unbedünnter um das Verbot seinen Ditt fort. Der Magistrat beschloß, erst weitere Ermittelungen anzustellen, ehe er flagbar gegen den Lehmann wird. Ob der Magistrat wohl auch so langsam wäre, wenn es sich um einen Arbeiter gehandelt hätte, der den Flurwächter beleidigte?

**Das fällige Bahnmagist.** Umweil Lambrecht — auf der Strecke Reustadt-Kaiserlautern — entgleiste ein Güterzug. Der Materialschaden ist sehr bedeutend. Ein Rad eines neuen Wagens löste sich los, wodurch eine Entgleisung herbeigeführt wurde. Einige Wägen stützten die Böschung hinab, andere legten sich quer über das Geleise; der Verkehr wurde dadurch auf längere Zeit gestört. Das Personal konnte noch rechtzeitig abspringen.

**Ein unsehbarer Recept** gegen die vielen Eisenbahnunfälle veröffentlicht ein „alter Militär“ in der Kreuzzeitung. Es lautet kurz zusammengefaßt: „Die Eisenbahnbeamten müssen militärische Disziplin haben.“ Natürlich hat dies zur Voraussetzung, daß nur gebiente Militärs zu Eisenbahnbeamten ernannt werden. Also Militarisierung des Eisenbahnwesens! Aber in deutschen Eisenbahndienst sind ja schon sehr viele Militärs; und die höchsten Autoritäten in dem sehr viele Militärs; und die höchsten Autoritäten in dem Eisenbahnwesen haben sich schon dahin ausgesprochen, daß gerade das militärische Element im deutschen Eisenbahndienst wesentlich an dessen notorischer Rückständigkeit gegenüber dem

Eisenbahndienst Englands, Hollands, der Schweiz, der Vereinigten Staaten u. s. w. schuld sei. Uebrigens ist in England die Zahl der Eisenbahnunfälle relativ weit geringer als in Deutschland. Und in England fehlt die militärische Disziplin und das militärische Element im Eisenbahndienst vollständig. Der „alte Militär“ befindet sich demnach auf dem Holzwege — hat aber gerade darum vielleicht um so mehr Aussicht, mit seinen Kaiserhofanbahnungen durchzudringen.

**Leber eine Säbelaffäre** wird aus Frankfurt a. M. berichtet:

Der 20jährige Maschinenmeister Wilhelm Beder aus Höchst, der in der Kaserne der Güttenstraße in Frankfurt einen ihm bekannten Metzger besuchte, wurde, nachdem sich, als er auf dem Niedergang von vielen Wunden des Kaiserhofes besaß, an einen dort stehenden Feldwebel mit der Frage, ob er einen Begleiter bis vor das Thor haben wolle. In diesem Augenblick kam ein in der Nähe befindlicher Hauptmann heran, den der Leutnant in freundsicherer Tone mit „Huten Kay, Herr Hauptmann!“ begrüßte. Hierauf soll der Hauptmann vorhin geantwortet haben: „Was wollen Sie, ich kenne Sie ja gar nicht!“ darauf der Zivilist angeblich erwiderte: „Das ist doch Anstand, daß ich Sie grüße!“ Hierüber aufgebracht, zog der Hauptmann in Gegenwart mehrerer Soldaten seinen Säbel und versetzte dem mit jungen Wunden mehrere Stöße über den Kopf, so daß Blut floß und der Zivilist außerdem eine Verwundung am linken Sehnenfinger und am Sandelriem davontrug. Der ergriff der junge Mann die Flucht, worauf ihn der Hauptmann noch eine kurze Strecke verfolgte.

**Der fliegende Staatsanwalt.** Nachdem die Staatsanwaltschaft in Gießen das Verfahren gegen den Probst Hedemann in Wiesbaden wegen Majestätsbeleidigung, die er dadurch begangen haben sollte, daß er bei einem vom Bürgermeister ausgetragenen Rathschlag sitzen blieb, eingestellt hat, ist nunmehr von der hiesigen Staatsanwaltschaft gegen Hedemann Anklage wegen öffentlicher Beleidigung des Bürgermeisters, sowie des Bezirkskommissars erhoben worden. Die Beleidigung wird in einer Erklärung gefunden, die Hedemann nach jenem Vorfall in einem hiesigen polnischen Blatte veröffentlichte.

**Eine Erinnerung.** Wie schon gemeldet, ist eine ordnungsbrüderliche Paz gegen den Oberleutnant Dr. Friede in Dirschau in Szene gesetzt worden, weil er sich bei der Landtagswahl der Stimmabgabe enthalten und nicht für den deutschen Kandidaten, einen Freund der lex Rade, gestimmt hat. Darin wird eine Unterbrechung des politischen Kandidaten erklärt. Die Heger drängen auf Strafverfolgung Friede's. Dieser geht, Hitz- und Hohlköpfer zur Verleumdung gräbt die Berliner Volkszeitung folgende Erinnerung aus:

Vor dem Jahre 1866 hatten bekanntlich auch die Militärpersonen das alte Wagnis, das jetzt ruid“. In Gießen mit neuer Garnison kam sogar die politische Haltung der Offiziere, die zu Wahlmännern gewählt waren, erachtlich in Betracht. Nun stand in der Session Thron in der ersten Hälfte der letzten Jahre der fortgeschrittliche Kandidat Bresseler Wese zur Wahl gegen den Votus v. Sackl. Was haben die Offiziere als Wahlmänner? Sie erlaubten sich nicht etwa der Stimmabgabe wie der Wahlmänner; nein, sie stürzten gegen den deutschen Kandidaten für den Votus von Sackl, der einer der fanatischsten politischen Agitatoren zu einer Zeit war, wo der politische Zustand den Kabinetten und Truppen Anstand und Breuens harte Nüsse zu knacken gab. Und die Offiziere von damals waren doch gewiß über alles Niveau des regierungsfreundlich und patriotisch! Oder nicht? U. s. w. p.

### Ausland.

**Frankreich.** Gegen die Brotvertheurer haben die Sozialisten in der französischen Kammer Stellung. Gerault-Rigaud führte zur Begründung der Interpellation eine sehr große Anzahl von handlichen Spekulationen. Die Regierung habe selbst Getreide aufkaufen und auf den Markt bringen müssen. Sie unterhalte die großen Zuckerindustriellen aus der Staatskasse, habe aber kein Wort für die armen Leute. Ministerpräsident Melina verteidigte die Regierung. Die Spekulation sei nicht die Ursache der hohen Preise, sondern schlechte Ernten; im Januar werde Getreide zur Gänze vorhanden sein. Er empfahl Gründung von Genossenschaftsbäckereien. Nachdem zwei Abgeordnete für die Regierung und gegen die Herabsetzung der Getreidepreise gesprochen hatten, wurde dem Genossen Jaures mit 252 gegen 192 Stimmen das Wort zur Steigerung des sozialistischen Standpunkts abgenommen und die Erklärung der Regierung mit 398 gegen 76 Stimmen genehmigt. — Die Kammer halten zusammen. Die nächsten Wahlen werden Anwendung schaffen.

**Dänemark.** Die sozialdemokratische Kammerfraktion hat beantragt, daß das kommunale Wahlrecht auch den Frauen







